

Annahme der neuen Verfassungsänderungen.

Deutscher Reichstag.

107. Sitzung vom Sonnabend, 26. Oktober 1918, nachmittags 2 Uhr.

Im Laufe des Bundesrats: v. Payer, Trimborn, Gröber, Erzberger, v. Wang.

Präsident Fehrenbach eröffnet die Sitzung um 2 Uhr 15 Min.

Vor Eintritt in die Tagesordnung weist Abg. Siebenbürger darauf hin, daß der „Vorwärts“ betont habe, daß die Konservativen an der Ausschließung zur Erhöhung der Mannschafstärke nicht teilgenommen hätten. Den Konservativen sei aber zu dieser Sitzung keine Einladung zugegangen.

Dritte Lesung der Verfassungsvorlagen.

Dazu liegt der Änderungsantrag der Mehrheitsparteien zu den Artikeln 11, 15, 17, 53, 64 und 66 vor, den wir im gestrigen Abendblatt wiedergegeben haben.

Eine Geschäftsordnungsaussprache.

Abg. Graf Westarp (kons.): Wir haben die Auffassung, daß die Beratung dieses Antrages im gegenwärtigen Zeitpunkt nicht zulässig ist. Es handelt sich hier nicht um einen Änderungsantrag, sondern um den Vorschlag eines neuen Gesetzes. Die Drucksache ist erst heute Vormittag verteilt worden, nachdem der Antrag im Dunkelkabinett der Mehrheitsparteien vorbereitet worden ist. Politische Gründe können für eine solche überhastete Erledigung nicht sprechen. Solche Änderungen der Geschäftsordnung sind nur zulässig, wenn niemand widerspricht.

Das Haus erklärt mit großer Mehrheit, daß die Beratung des Antrages in der vorliegenden Form zulässig sei.

Abg. Dr. Müller-Meiningen (Op.):

Ich habe die Anträge der Mehrheitsparteien zu begründen. Die konservativen und die alldeutsche Presse erhebt gegen uns den Vorwurf, daß die Anträge vom Auslande diktiert seien. Nur Unwissenheit kann eine solche Behauptung aufstellen. (Sehr richtig! b. d. Mehrheit.) In unseren Anträgen befindet sich kein Satz, der nicht längst von großen Parteien des Reichstages gefordert worden wäre. Sämtliche Anträge entsprechen dem, was der Verfassungsausschuß bereits im Frühjahr 1917 beschlossen hat. Wir legen an die Stelle der bisherigen rein platonisch-moralischen Verantwortlichkeit des Reichstages die rechtliche Verantwortlichkeit. Das ist eine Forderung, die seit 1869 im Reichstag gestellt worden ist. Damals haben sich die Freikonservativen auch auf diesen Boden gestellt. Gewiß, Fürst Bismarck hat sich gegen die Anträge gestäubt. Aber er hat seinen Irrtum eingesehen. In seiner Rede auf dem Markte in Jena 1892 ist er gewissermaßen bahnbrechend für das jegliche Vorgehen der Mehrheitsparteien aufgetreten. (Hört! hört! b. d. Mehrheit.) In Zukunft sollen alle Handlungen der Militärgewalt von unzweifelhaft positiver Bedeutung unter der Verantwortung des Reichstages stehen. (Abg. Graf Westarp: Wann ist das der Fall?) Ich will einige Beispiele nennen. Nach unserer Meinung fällt unzweifelhaft unter die Kontrolle des Reichstages und die Verantwortlichkeit des Reichstages, wenn der Träger der Reichsgewalt zum Durchmarsch der Truppen durch ein neutrales Land auffordert oder wenn aus dem feindlichen Ausland die Zurückführung der männlichen Arbeitskräfte befohlen oder wenn ein unbeschränkter U-Bootkrieg befohlen wird, — alles dies sind Handlungen, die unzweifelhaft von großer politischer Bedeutung sind und daher unter den Artikel 15 Absatz 2 der Verfassung fallen. Rein militärische Fragen ohne politische Bedeutung sollen nicht darunter. Auf Bayern finden diese Bestimmungen keine Anwendung. Wir wollen mit unseren Anträgen auch die Ausnahmestellung des Militärlinienkabinetts beseitigen, die wir seit 50 Jahren aufs Schärfste bekämpfen. Das Militärlinienkabinet soll wieder reine Personalbeilegung werden und unter die verfassungsmäßige Verantwortung des Kriegeministers gestellt werden. Für eine Protektions-, Kabinetts- und Willkürherrschaft ist im neuen Deutschland kein Platz mehr. Alle Bevorzugungen einzelner Klassen und Klassen sollen aufhören. Wir wollen, um mit Bismarck zu sprechen, unserm Volke den Grad der Freiheit geben, der mit der Sicherheit des Reiches irgendwie verträglich ist. Mit dem 30. September und 6. Oktober hat der alte Bürokratenstaat mit seiner Kabinettsregierung zu bestehen aufgehört. Im Volke besteht eine tiefe Sehnsucht nach einer neuen Zeit. Für diese neue Zeit wollen wir jetzt die Bahn freimachen. Klarheit und Freiheit ergänzen einander und im Sinne dieser Klarheit bitten wir um Annahme dieser Anträge. (Lebh. Beifall b. d. Mehrheit.)

Die Unabhängigen Sozialdemokraten haben einen Änderungsantrag eingebracht, der u. a. das gleiche Wahlrecht für alle Bundesstaaten, auch für die Frauen anstrebt. Der Antrag kann nicht zur Beratung gestellt werden, da er nur von 24 Abgeordneten unterzeichnet ist und nach der Geschäftsordnung bei der dritten Lesung Anträge mindestens 30 Unterschriften haben müssen.

Abg. Eist-Ehlingen (nl.):

Nam es meiner Fraktion habe ich folgende Erklärung abzugeben: Die Schritte, die Regierung und Oberste Seeresleitung unternommen haben, mußten schwerwiegende innen- und außenpolitische Folgen für unser Vaterland herbeiführen. Die Entwicklung der internationalen Lage und die Rollen des Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika legen der Regierung die gebieterische Pflicht auf, den schriftlichen Meinungsaustausch mit unseren Gegnern bis zu einer Klarstellung über die Bedingungen fortzusetzen, die die mit uns im Kriege befindlichen Staaten für einen Waffenstillstand, wie für einen Frieden stellen werden. (Sehr richtig!) Erst dann wird es Regierung oder Volksvertretung möglich sein, die nächste Entscheidung zu fällen und nur ein solches Verfahren vermag die Bildung eines einigenden Volkswillens zu sichern. Wir verpflichten dem Reichskanzler bei: „Wer den Rechtsfrieden, von dem Wilson spricht, ehrlich will, darf sich einem Gewaltfrieden nicht kampfslos beugen. Aus diesen Gründen haben wir, wie sich das aus unserer Beteiligung an der Vertrauens- und Umgebung für die Reichsleitung ergibt, die Antworten, die die Regierung dem Präsidenten der Vereinigten Staaten erteilt hat, gebilligt. Wir erwarten, daß auch seine letzte Note von der Reichsleitung beantwortet werden wird.

Sowohl die Verfassungsänderungen, die der Reichstag gestern angenommen hat, wie die heute zur Beratung stehenden Anträge bewegen sich in einer Richtung, die mit der Haltung unserer Fraktion

tion bei Beratungen des Verfassungsausschusses im Einklang stehen. Bei der weittragenden Bedeutung der Materie hätten wir allerdings eine eingehendere Aussprache über diese Anträge gewünscht. Aus dem Entschluß, das parlamentarische System in Deutschland einzuführen, ergibt sich aber die Notwendigkeit, alle Zweige der ausübenden Gewalt dem Einfluß der auf dem Willen des Reichstages beruhenden verantwortlichen Regierung unterzuordnen. Das nationale Interesse gebietet auch, die somit erforderlich gewordenen Verfassungsänderungen schnellstens geltendes Recht werden zu lassen, damit dem Auslande jeder Vorwurf zu der Behauptung genommen wird, eine Fortführung dieses Krieges richte sich gegen irgendwelche Machtgeber in Deutschland und nicht gegen das deutsche Volk. Wir werden den Anträgen unsere Zustimmung geben.

Präsident Fehrenbach: Der Satz, daß die Partei des Vordrängers eine Antwort auf die Note des Präsidenten Wilson erwarte, entsprach nicht den gestrigen Abmachungen. Ich wollte dagegen vorgehen, da war die Sache schon vorbei. (Seiterkeit.)

Abg. von Graefe (kons.):

In diesem Augenblicke, wo unser Haus draußen toller brennt, denn je, wird es einem schwer, hier innere Fragen zu behandeln. Im fünften Kriegsjahr und in dessen kritischster Stunde sollte man, wie der Bismarckler richtig sagte, keine staatsrechtlichen Experimente und Kunststücke der Volksovertretung zur Beratung vorlegen. Ganz besonders nicht mit einer beratigen Eile. Diese Eile ist wenig berechtigt, das zeigt die Belegung der Ministerbank, denn trotz dieser wichtigen Umänderungen unserer Verfassung haben eine Anzahl von Ministern offenbar wichtigere Geschäfte. Die Sache soll ja noch weitergehen. Die „Vossische Zeitung“ spricht von einer Veränderung des Fahnenweises, von einem Staatssekretariat für den Krieg, von der Stellung des Generalstabs unter den Reichskanzlern.

Es handelt sich hier um die ernstesten Fragen von Vergangenheit und Zukunft, um einen völligen Umsturz unserer Reichsverfassung. (Sehr richtig! rechts. — Abg. Ledebour: Noch nicht genau!) Ganz richtig, es werden weitere Veränderungen in Ihrem Sinne erfolgen. (Abg. Ledebour: Ganz recht!) Ich habe immer recht, Sie merken es nur nicht immer. (Seiterkeit.)

Der zweite Teil der Anträge erstrebt die restlose Beseitigung der Kommandogewalt der Krone. Gewiß haben wir uns schon früher mit dieser Frage beschäftigt. Aber früher hat die Regierung sich stets dagegen erklärt, weil wir kein Reichsheer haben und weil damit der föderative Charakter des Reiches vernichtet würde. In Bayern und Württemberg besteht die Gegenzeichnung des Kriegeministers. Aber es kommt auf die Tendenz an. Hier handelt es sich um die offen zugegebene Tendenz, die Kommandogewalt der Krone auszuhebeln. (Sehr richtig! rechts.) Das aber halten wir für so verhängnisvoll, daß wir die Zustimmung von Parteien nicht verstehen, die bisher volles Verständnis für unser Heer hatten. (Unruhe b. d. Mehrheit.) Gewiß, das Militärlinienkabinet ist im Offizierskreise unbeliebt und über eine Veränderung ließe sich reden. Aber auch hier kommt es auf die Tendenz an, die Kommandogewalt soll abgeschafft werden, weil Wilson es will. Das aber mag ich als alter Soldat, als alter Kreuzer und als Deutscher nicht mit. (Zuruf links: Dann lassen Sie sich begraben!) Ob ich mich begraben oder verbrennen lasse, ist meine Sache. (Seiterkeit.) Werden die Anträge angenommen, dann wird nur ein Schattensystem übrig bleiben, die wechselnden Parlamenten haben alle Macht. Als früher einmal Dr. Cohn verlangte, daß unsere Heeresführung unter parlamentarische Kontrolle gestellt werden, da ging ein Sturm der Entrüstung durch das Haus. Heute sind wir so weit, heute ist der höchste Ausschuss da. (Seiterkeit rechts.) Wir treiben russischen Zuständen entgegen. Die Armees wird politisiert werden, und das ausgeredet in dem jetzigen Augenblick. Unterfächeln Sie nicht das in der Armees weit verbreitete persönliche Gefühl zum Obersten Befehlshaber. (Sehr richtig! rechts, doch links.) Sie sind ja überhaupt schlechte Psychologen, wie der getrigte Beifall der Galerie bewies, als nationale Ehre angegriffen wurden. (Sachen links.) Wenn Sie schon das Wahlrecht ohne die Feldgrauen machen, so lassen Sie die Finger von dieser Sache, die die persönlichen Beziehungen der Soldaten zu den Heeresführern berührt, freilich Fragen, von denen Sie (nach links) nichts wissen, da die Wechsels von Ihnen nicht vor dem Feinde gestanden hat. (Wärmliche Unterbrechungen links, Zurufe: Sie werden Ihre Klauen Wunder erleben, wenn die Feldgrauen heimkommen.) Schließlich werden Laien die Beförderung übernehmen. Treue hat ein debattierendes Heer eine schreckliche Best genannt. Ganz unsere Meinung. Ich bin überzeugt, daß die Armees diesen Eingriff in die höchste Kommandogewalt als eine schwere Kränkung empfinden wird. (Zustimmung rechts, Sachen links.) Darum kann ich noch nicht daran glauben, daß die maßgebenden militärischen Stellen diese Sachen mitmachen werden. (Sehr gut! rechts.) Große Unruhe bei der Mehrheit. Erneute Zustimmung rechts. Obem bei der Mehrheit. Rufe links: Aufforderung zum Staatsstreik! Die Stellungnahme der militärischen Stellen ist Ihnen immer nur dann angenehm, wenn sie Ihnen paßt. Dann wird die Oberste Seeresleitung vor den Karren gespannt. Wenn aber die militärischen Stellen einmal eine andere Ansicht haben, dann wird nicht beröcklicht, was ein Hindenburg z. B. über eine Antwort aus Amerika denkt. (Stürmischer Widerspruch bei der Mehrheit.) Ich vertraue nicht nur auf die militärischen Stellen, ich vertraue auch noch darauf, daß die Allerhöchste Stelle sich nicht ohne weiteres ihre Rechte nehmen lassen wird. (Hört, hört! bei der Mehrheit, Zurufe: Schließen Sie die Allerhöchste Stelle nicht vor!)

Ich hoffe, daß sich unter Umständen noch Männer finden werden, die die Lage so ansehen, wie es Bismarck tat, als sein König freiwillig auf wichtige Rechte verzichten wollte. Er sagte, es sei die Pflicht des Trägers der Krone, seine Rechte unter allen Umständen, nötigenfalls unter Einsatz von Leib und Leben zu schützen, denn diese Rechte seien ihm von Gott verliehen. Ob er auf dem Schaffot oder auf dem Schlachtfeld ende, tue nichts, nur dürfe ein König nicht kapitulieren. Er müsse jeder Vorgehensweise entgegenstehen. Bismarck verwies dabei auch auf Karl L. (Hört! hört! b. d. Mehrheit, Zurufe: Sie spielen mit dem Feuer!) Es war kein schlechter Rat, den Bismarck damit seinem Könige gab.

Auch wir haben oft von dem Recht der Kritik auch der Allerhöchsten Stelle gegenüber Gebrauch gemacht. Das ist das gute Recht freier deutscher Männer. Aber das deutsche Volk läßt sich das monarchische Gefühl nicht aus dem Herzen reißen. Wenn Sie auf diesem Wege weiter schreiben, so wird sich sogar aus weiten sozialdemokratischen Kreisen die Mauer verstärken, die sich schließend vor die Person des Kaisers stellen wird. (Beifall rechts. — Zuruf links: Sie reißen die Mauer ein.) Das „Berliner Tageblatt“ verweist heute auf den engen Zusammenhang dieser Anträge mit der Friedensfrage. Damit wird zugegeben, daß diese Anträge gestellt sind, um die Verhandlungen mit Wilson zu erleichtern. Wilson besteht, daß das Reich eine ohnmächtige Krone haben soll, und die Mehrheit beugt sich. (Lärm.) Das machen wir nicht mit, wir glauben, daß die Geschichte uns recht geben wird. (Wavo rechts. — Plätschen bei der Mehrheit.)

Staatssekretär Groeber:

Wenn die Anträge Annahme finden, wird die Reichsleitung im Bundesrat für die Anträge eintreten. (Beifall bei der Mehrheit.) Zunächst handelt es sich um die Mitwirkung des Reichstages bei der Entscheidung über Krieg und Frieden. Gerade dieser Krieg beweist, daß die Verantwortung für einen Krieg ein einzelner, und mag er noch so hervorragend und gewissenhaft sein, nicht tragen kann. Die Verantwortung muß vom ganzen Volke getragen werden. Heutzutage kann ein Krieg nur geführt werden, wenn er ein wahrer Volkskrieg ist. Daß der Reichskanzler das Vertrauen bedarf, ist nicht etwa eine neue Forderung, es ist nur die Formulierung der Erklärung des Reichskanzlers, daß ein Kanzler in aller Zukunft seines Amtes nicht waken könne, wenn er nicht des Vertrauens der Mehrheit sicher ist. (Zustimmung.)

Die Ausbehnung der Verantwortlichkeit auf alle Handlungen des Kaisers entspricht heute schon einer richtigen Auslegung. Zum Beispiel ist die Entsendung von Truppen nach Finnland nicht nur von militärischer, sondern auch von großer politischer Bedeutung. Dasselbe gilt für die Behandlung der besetzten Gebiete und ihrer Bevölkerung. Dem Reichstag gegenüber muß dafür eine verantwortliche Stelle vorhanden sein. Schon in der Bewilligung der Gelder liegt eine Rechtsgrundlage für die Mitverantwortung und Mitwirkung des Reichstages und für die Verantwortung des Reichskanzlers, der über die Verwendung der Gelder zu verfügen hat. Fürst Bismarck hat am 24. Februar 1882 in der „Post“ einen Artikel erscheinen lassen, der das Problem der belgischen Neutralität erörterte und worin er es am Schluß als einen Irrtum bezeichnet, daß die Leitung der Politik den Gesichtspunkten des Generalstabes unterworfen sei und nicht umgekehrt. Er stellt fest: die Politik steht über den Gesichtspunkten des Generalstabes. Auch Fürst Bismarck hat am 19. Januar 1913 erklärt, daß er in weitem Rahmen die Verantwortung für die Rückwirkung persönlicher Rundgebungen übernehme, und hat damit erklärt, daß er verantwortlich sei für eine Führung der Geschäfte, die weder den äußeren noch den inneren Frieden des Reiches gefährde.

Vizepräsident Dove teilt mit, daß die Anträge der Unabhängigen Sozialisten mit zur Beratung stehen, da inzwischen weitere sechs Unterschriften geleistet worden sind.

Abg. Landsberg (Soz.):

Es ist uns darum zu tun, daß die Verfassungsanträge noch heute verabschiedet werden. Die Anträge der Unabhängigen Sozialisten enthalten durchaus beachtenswertes Material, und ich schlage ihre Zuweisung an den Verfassungsausschuß vor. Herr von Graefe hat den Mut gehabt, zu rufen: Die Armees wird sich eine Veränderung der Verfassung nicht gefallen lassen. Das ist eine unerhörte, eine ruchlose Klage. (Lebhaft Zustimmung bei der Mehrheit.) Hat ein Mann, über dessen Lippen solche Worte kommen, das geringste Verständnis für die Lage unseres Volkes? Wie ist das Gewissen dieses Mannes gestellt. Die Armees hat den Beruf, die Freiheit des Volkes zu schützen, nicht aber sie zu vernichten. Wozu in diesen Tagen mit dem Gedanken des Appells an die Gewalt spielen, der spielt va banque. (Beifall bei der Mehrheit.) Keiner will einen Frieden der Schmach, der nationalen Entwürdigung. Jeder will sein Bestes einsetzen, um von Deutschland ein namloses Unglück abzuwenden. Bricht die Front im Westen zusammen, so haben wir unser Schicksal nicht mehr in der Hand, so sind wir ausschließlich Objekte der Friedensverhandlungen. (Sehr richtig!) Und die Front muß zusammenbrechen, wenn im Innlande der Bürgerkrieg tobt! (Sehr richtig!) Hier im Reichstag ist eine Mehrheit an der Arbeit, die gewillt ist und die die Kraft haben wird, der Freiheit in Deutschland eine Gasse zu bahnen. Niemand darf diese Mehrheit bei ihrer Arbeit hindern und wird sie hindern können. Meine politischen Freunde haben stets das Recht der Völker auf Revolution anerkannt, wenn eine Volksmehrheit von einer Minderheit getrennt wird. Niemals aber hat eine Minderheit das Recht der bewaffneten Erhebung zum Zwecke der Verhängung einer Diktatur. (Beifall.)

Abg. Bernstein (U. Soz.):

Je radikaler reformiert wird, um so eher bekommen wir den Frieden, und um so besser wird er ausfallen. An zu hintertreiben ist verbrecherisch. Eine Regierung darf nicht vabanquo spielen wie ein Bankrottierer, der die drohende Gefahr hinauschieben will. Wir können ohne Elsch-Lothringen und Polen bestehen. Aber die verbrecherische Agitation, wie sie jetzt von den Alldeutschen und ihren Helfershelfern getrieben wird, kann im gegenwärtigen Augenblick unsere ganze Zukunft gefährden. Einer der Hauptfehler war von jeher der General Keim. Ich stelle deshalb fest, daß er seit 1901 von einer der ersten Willkürherrschaften ein festes Geßalt und außerdem unregelmäßige Zuwendungen bezogen hat. (Unruhe.) Es ist nicht der einzige General, der von dieser Firma ein Geßalt bezieht. Dieser Agitation kann nicht stark und energig genug entgegengetreten werden. Unser Volk und unsere Soldaten sind den Krieg satt, wie man eine Sache nur satt haben kann.

General Scheich:

In Uebereinstimmung mit dem Staatssekretär Groeber kam ich nach reiflicher Prüfung der vorliegenden Anträge nach Form und Inhalt nichts finden, was eine Gefährdung des festen Geßaltes unseres Heeres verursachen könnte. (Hört! hört!) Insbesondere wird das persönliche Verhältnis zwischen König und Offizier durch die Anträge nicht berührt. (Hört! hört!) Die deutsche Mannestrene wird auch in Zukunft als eine der sichersten Stützen unseres Heerwesens gesichert bleiben. (Lebh. Beif.)

Die Aussprache schließt.

Der Antrag der Unabhängigen Sozialdemokraten geht an den Verfassungsausschuß.

Darauf werden die Verfassungsanträge der Mehrheitsparteien unter lebhaftem Beifall der Mehrheit angenommen. Dagegen stimmen nur die Konservativen und einige Mitglieder der Deutschen Fraktion.

Das Haus verlegt sich. Vizepräsident Dove erbittet für den Präsidenten die Ermächtigung, die nächste Sitzung anzusehen. Das Haus ist damit einverstanden.

Schluß 8 Uhr.